

nationalrat 1

w i e n , 11.7. (apa) der nationalrat trat heute um 10.00 uhr zu einer sitzung zusammen, um sich mit dem bundesgesetz ueber die errichtung eines bundesministeriums fuer Landesverteidigung und ueber die neuordnung des wirkungsbereiches einiger bundesministerien zu befassen, ferner mit der europaeischen konvention ueber die internationale finanz-corporation und einem abkommen zwischen oesterreich und liechtenstein zur vermeidung von doppelbesteuerungen. auf der tagesordnung stehen ferner die wahl der vertreter oesterreichs in der beratenden versammlung des europarates, die wahl des beirates zum bundeswohn- und siedlungsfonds und zwei immunitaetsangelegenheiten.

im einlauf der heutigen sitzung befanden sich u.a. die fristengesetznovelle 1956, die erste wertpapierbereinigungsgesetznovelle, das erste staatsvertragsdurchfuehrungsgesetz, ein bundesgesetz ueber die ergaenzung der exekutionsordnung, das heeresdisziplinargesetz, das heeresgebuehrengesetz, ein bundesgesetz ueber die sicherung des arbeitsplatzes eingerueckter dienstnehmer, ein bundesgesetz ueber den sozialversicherungsrechtlichen schutz der den praesenzdienst leistenden wehrpflichtigen und schliesslich ein bundesgesetz ueber das gnadenrecht in disziplinarangelegenheiten der landeslehrer, eine abaenderung der rechtsanwaltsordnung 1945 und des disziplinarstatuts fuer die rechtsanwaelte und rechtsanwaltsanwaerter.

den bericht ueber das bundesgesetz ueber die errichtung eines bundesministeriums fuer Landesverteidigung und ueber die neuordnung des wirkungsbereiches einiger bundesministerien erstattete abg.dr.hofeneder.

in der debatte sprach als erster abg.dr.pfeifer (fpoe), der meinte, dass in oesterreich wohl eine demokratische verfassung bestehe, in wirklichkeit aber infolge des koalitions-systems eine kleine schar von maennern herrsche. das kompetenzgesetz bilde nun die voraussetzung und juristische plattform fuer die fortsetzung dieses systems. es sei der kaufpreis, den die spoe der oevp dafuer bezahle, dass das bisherige koalitionssystem fortgesetzt werde. mit der im koalitionspakt verankerten bestimmung, dass die regierung darueber zu entscheiden habe, ob die abgeordneten die regierungsvorlage abaendern duerfen oder nicht, werde die verfassung, nach der die abgeordneten an keine auftraege gebunden sind, aus den angeln gehoben

1575740
 über die Gleichwertigkeit der Reifezeugnisse, mit einem Abkommen

.....aus den angeln gehoben und auf den kopf gestellt. die regierung habe aber die gewalt an sich gezogen und die parlamentarische demokratie praktisch ausgeschaltet.

obwohl die fpoe der errichtung eines Landesverteidigungsministeriums im prinzip zustimme und ebenso fuer eine neuordnung hinsichtlich der verstaatlichten betriebe und des rundfunkwesens eintrete, muesse seine fraktion das vorliegende gesetz dennoch aus rechtlichen und politischen gruenden ablehnen. das vorgesehene verfahren fuer die veraeusserung von verstaatlichten unternehmen sei naemlich verfassungswidrig, die kompetenzbestimmungen ueber das rundfunkwesen seien teilweise misslungen und das kompetenzgesetz bringe im allgemeinen eine weitere beschneidung der rechte des parlaments mit sich. er protestiere ausserdem dagegen, dass die von ihm im ausschuss namens der fpoe vorgebrachten bedenken nicht einmal erpoertert worden seien.

als naechster sprach abg.probst (spoe). (fortsetzung)